

Familienpsychologische Gutachten

Salzgeber

8. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-80462-5
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Salzgeber
Familienspsychologische Gutachten



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Familienpsychologische Gutachten

Rechtliche Vorgaben und
sachverständiges Vorgehen

von

Dr. Dr. (Univ. Prag) Joseph Salzgeber

Dipl.-Psych.

Öffentlich bestellter und beidigter Sachverständiger
für Forensische Psychologie

Fachpsychologe für Rechtspsychologie, BDP/DGP
Registered EuroPsy Psychologist
Supervisor, BDP
Mediator (BAFM)

8., vollständig überarbeitete Auflage 2024



Zitiervorschlag

Salzgeber Familienpsychologische GA Rn. 1

Hinweis

Die im Text zitierten Gesetzestexte finden Sie in ihrer jeweils **aktuellen Fassung** in der **dtv-Textausgabe Nr. 5577 (Familienrecht)**, die in jeder Buchhandlung erhältlich ist.


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
beck.de

ISBN 978 3 406 80462 5

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen

(Adresse wie Verlag)

Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 8. Auflage

1989 wurde der Vorläufer dieses Buchs „Familienpsychologische Gutachten“ zum ersten Mal von einem kleinen Verlag herausgebracht. Dann übernahm, auf Empfehlung eines Familienrichters, zur Freude des Autors, der Beck Verlag die Rechte und 1992 wurde die erste überarbeitete Version mit Ergänzungen und mehr Praxisbezügen veröffentlicht. Nach Erscheinen der dritten Auflage beim Beck Verlag im Jahr 2001 erfolgten aufgrund fortlaufender Veränderungen und Neuerungen des Familienrechts, aber auch der Erkenntnisse der Fachwissenschaften, alle vier bis fünf Jahre regelmäßige Aktualisierungen, Überarbeitungen und Ergänzungen, sodass nun, 2024, die achte Auflage erscheinen konnte. In der vorliegenden Auflage wurden u.a. wesentliche Überarbeitungen bei Fragen der Betreuungsregelungen, auch im Zusammenhang mit familiärer Gewalt, der Erfassung und Beurteilungen der Kooperation der Eltern vorgenommen und bezüglich der Gefährdungsbestimmung in der letzten Zeit ergangene Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts mit aufgenommen.

Trotz weitreichender Überarbeitungen und Ergänzungen wurde versucht den Umfang des Werkes nicht weiter zu vergrößern. Das Buch ist nicht mehr einfach zu lesen, sondern hat sich zum Nachschlagewerkentwickelt. Aus diesem Grund wurde bei der aktuellen Auflage das Stichwortverzeichnis ergänzt und die Randnummernverweise im Text auf ergänzende Textstellen erheblich erweitert.

Es ist immer wieder erstaunlich, wie schnell sich Veränderungen im Hinblick auf Familie, Erwartungen an die Familie, auch nach Trennung und Scheidung und bei Kindeswohlgefährdungen ergeben, auf das Familienrecht rückwirken und sich auf das Vorgehen des Sachverständigen auswirken (sollten). Noch vor nicht allzu langer Zeit war der Konflikt um die gemeinsame Sorge das hauptsächliche Tätigkeitsfeld des Sachverständigen; nun sind Fragestellungen zu elterlicher Sorge seltener geworden, Betreuungsregelungen bis zum Wechselmodell stehen vermehrt im Mittelpunkt. Daneben haben Fragestellungen, die eine Kindeswohlgefährdung zum Inhalt haben, auch bei Eltern mit Migrationshintergrund, zugenommen, wobei hier, nach Erfahrung des Autors, Fragen der Rückführung überwiegen. Zudem bestimmen Aspekte des Datenschutzes und der Haftung vermehrt die Tätigkeit des Sachverständigen. Daher wurde dieser Aspekt in der aktuellen Auflage vertieft. Zusätzlich wurden viele praktische Hinweise eingearbeitet, die sich aus von Kollegen und Kolleginnen geschilderten Problemen, Anfragen und Diskussion ergeben haben. Sie beanspruchen keine allgemeine Gültigkeit, können aber im Einzelfall die Problemlösung unterstützen. Für konkretere Handlungsempfehlungen darf auf das Arbeitsbuch Familienpsychologische Gutachten verwiesen werden.

Der Autor durfte über 40 Jahre lang die Entwicklung des Familienrechts und die damit eng verbundene Begutachtung beobachten. Die Fülle von Information nahm in diesem Zeitraum erheblich zu. In den letzten Jahren stieg die Inanspruchnahme Sachverständiger seitens der Gerichte; kaum ein Sachverständiger klagt nicht über erhebliche Belastungen.

Zeitgleich wurden die Anforderungen an die Qualität der Gutachten erhöht, was das interdisziplinäre Zusammenwirken mit anderen Fachpersonen, wie Aussagepsychologen, Psychiatern, Kinder- und Jugendpsychiatern und Prognosegutachtern notwendig macht.

Mittlerweile sollte ein Sachverständiger zahlreiche Fachzeitschriften, sowohl auf seinem Fachgebiet, als auch das Familienrecht betreffend, zur Kenntnis nehmen. Diese Fülle an Informationen macht es fast unmöglich, neben der sachverständigen Tätigkeit, allzeit auf dem allerneusten, wissenschaftlichen Stand zu bleiben.

Heute sind nicht mehr so viele erfahrene Fachkollegen bereit, ihr forensisches Fach- und Erfahrungswissen zu publizieren, als dies früher der Fall war. Es darf hier an einige Sach-

Vorwort zur 8. Auflage

verständige erinnert werden, auf denen die aktuelle familienrechtspsychologische Begutachtung beruht und die den Autor inhaltlich begleiteten: Arntzen, Dettenborn, Berk, Braun-Behrens, Ell, Fisseni, Grossmann, Hartman, Hommers, Jopt, Kluck, Lempp, Offe, Thomae, Wegener und Westhoff, aber auch die Juristen Coester, Klußmann, Salgo, Simitis, und Zenz. Einige der ähnlichen Altersgruppe wie der Autor angehörigen Kollegen, die noch ihre Erfahrung und Wissen teilen, u.a. Balloff und Rohmann, ziehen sich immer mehr zurück.

Erfreulicherweise sind an Universitäten oder in der Praxis einige jüngere Kolleginnen und Kollegen tätig, die sich mit familienforensischen Fragen befassen und zur Weiterentwicklung der familienrechtspsychologischen Begutachtung beitragen (u.a. Bodanski, Bublath, Hammesfahr, Iffland, Kannegießer, Köhler, Zumbach-Basu u.a.)

Leider sind viele andere jüngere Kollegen und Kolleginnen mit viel Wissen und Erfahrung zu sehr mit der Erstellung von Gutachten befasst, so dass sie, mit wenigen Ausnahmen, ihre Erfahrung und Ideen kaum mehr publizieren. Erfreulich ist, dass sich einige Hochschulen vermehrt mit Gutachtenstandards und valideren Methoden befassen und dazu kostenfreie online workshops anbieten. Zudem wurden online Fortbildungen (blended learning) entwickelt und finden breite Anwendung und Zulauf.

Dadurch wird neues familienrechtspsychologisches Fachwissen generiert.

Der Autor hat den Eindruck, dass aktuell die Diskussion um Gutachtenstandards, aber vor allem die Zunahme von Gegengutachten und in der Folge zivilgerichtlichen Verfahren gegen Sachverständige, auf Kosten der inhaltlichen Bemühungen geführt wird, was, um keine Angriffsfläche zu bieten oder Formfehler für solche Verfahren zu machen, eine Aufblähung der schriftlichen Gutachten bedingt. Erfreulicherweise haben die Mindeststandards, die 2019 in überarbeiteter und ergänzter Form erschienen sind und fortlaufend überarbeitet und ergänzt werden, in der Rechtsprechung weithin Anerkennung gefunden.

Auch dieses Mal hätte der Autor gerne noch viele weitere interessante Beiträge von Fachkollegen in das Buch mit aufgenommen. Seitens des Verlages wurde darauf geachtet, dass sich der Umfang des Buchs nicht noch weiter erhöht (was wieder nicht gelungen ist), daher werden einige Begutachtungsfelder in dieser Auflage nur verkürzt ausgeführt (→ Rn. 30). Im seltenen Begutachtungsfall wird auf die vorhergehenden Auflagen verwiesen.

Der Autor ist überzeugt, dass nur in einem Netzwerk und im Zusammenwirken vieler fachkompetenter Personen annähernd ausreichendes Fach- und Erfahrungswissen generiert wird, um den vielfältigen Anforderungen der Fälle von Familien in Trennung und Kindeswohlgefährdungen gerecht werden zu können. Ohne die Anregungen, Darstellung von Praxisproblemen, Verbesserungen, Einfügungen, Ergänzungen, Beratungen und Hilfestellungen vieler erfahrener Sachverständiger im Verbund der GWG und Juristen, hätte dieses Buch nicht entstehen können.

Es sei daher an dieser Stelle all den Juristen, die schon in den Voraufgaben mitwirkten und den juristischen Teil zurechtrückten, gedankt: Herrn Prof. Siegfried Willutzki und Herrn Dr. Martin Menne. Mein besonderer Dank gebührt auch dieses Mal Frau Prof. Dr. Isabell Götz, die für meine vielen juristische Fragen immer ein offenes und geduldiges Ohr, aber auch Antworten hatte.

Ein herzlicher Dank gilt Frau Prof. Dr. Anja Kannegießer und vor allem meiner Co-Leiterin der GWG, Frau Dr. Katharina Bublath, mit denen intensiver Austausch zu familienforensischen Fragen bestand und die immer wieder neue Ideen einbrachten.

Ganz herzlich bedanken möchte ich mich bei all meinen langjährigen geschätzten Kolleginnen und Kollegen, die neben den früheren Auflagen auch für diese Auflage inhaltliche Anregungen gaben:

Eva Althammer, Nicole Aspacher, Fatma Ates, Dr. Sibylle Enz, Inci Genc, Dr. Diana Gossmann, Sarah Großmann, Prof. Dr. Ina Engel, Nicola Hahn, Dr. Anne Huber, Dr. Cordula Jüchser, Jennifer Kirykowsitch, Sylvia Köhler, Dr. Michael Kroll, Matthias Kupfer, Beate Labs, meinem Sohn Zion Salzgeber, Thomas Schücke, Sabine Maria

Schmidt, Dr. Stella Stehle, Lutz Wallisch, Dr. Michael Wiedemann, Neda Zeller und Dr. Carsten Zoll.

Ganz besonderen Dank an meine Frau Elke, die wieder klaglos mein zurückgezogenes Verhalten ertragen hat.

Weiter sei einer Reihe von studentischen Hilfskräften und Praktikanten (besonders Frau Lizanne Hoffmann) gedankt, die sich die Mühe machten, Korrekturen einzuarbeiten.

Im Literaturverzeichnis wurden nur Bücher aufgenommen, Zeitschriftenartikel werden in den Fußnoten erwähnt. Die Zeitschriften werden, um Platz zu sparen, nur in abgekürzter Form genannt, Hinweise können dem Abkürzungsverzeichnis entnommen werden.

Ich hoffe, dass das vorliegende Buch den Kolleginnen und Kollegen, die familienrechtspsychologische Gutachten erstellen, in ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit, von Nutzen ist.

München, Mai 2024

Dr. Dr. (Univ. Prag) Joseph Salzgeber


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Für Elke, Zion, Daniel, Philipp und Johanna


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Literatur	LI
Abkürzungen	LXXI
A. Einleitung	1
B. Aspekte des familiengerichtlichen Verfahrens	13
I. Familiengericht	13
II. Familienrecht	15
III. Das familiengerichtliche Verfahren	23
C. Rechtliche Aspekte bei der Beauftragung eines familienrechtspsychologischen Sachverständigen	41
I. Beauftragung	41
II. Beim Vorgehen des Sachverständigen	72
III. Nach Abschluss der Begutachtung	151
D. Die am familiengerichtlichen Verfahren beteiligten Personen	203
I. Sachverständiger und Personen, die von der Begutachtung betroffen sind ..	203
II. Sachverständiger und andere Fachpersonen	233
III. Sachverständiger und nicht beteiligte Personen	264
E. Fragen zum Sorgerecht bei Trennung und Scheidung	275
I. Fragestellungen an den Sachverständigen bei Verfahren zur elterlichen Sorge bei Trennung und Scheidung	275
II. Das „Kleine Sorgerecht“ für Stiefeltern	314
III. Abänderung einer ergangenen Sorgerechtsentscheidung	315
IV. Regelung der elterlichen Sorge bei nicht verheirateten Eltern	320
V. Um- und Wegzug mit dem Kind	329
VI. Namensänderung des Kindes	342
F. Fragen zu Betreuungsregelung/Umgang/Kontakt des Kindes mit den Eltern bei Trennung und Scheidung	351
I. Umgangsregelung: Hinweise aus dem Recht	352
II. Abänderung einer Umgangsregelung	398
III. Hinweise aus der Psychologie/Scheidungs-forschung für Betreuungs-/ Umgangsregelungen	400
IV. Betreuungsmodelle und Wechselmodell	470
V. Umgang des leiblichen, aber nicht rechtlichen Vaters	498
VI. Umgang mit einem Elternteil, der sich in Haft befindet	505
VII. Auskunftsanspruch	510

Inhaltsübersicht

G. Fragen zum Umgang des Kindes mit Bezugspersonen	515
I. Umgang des Kindes mit Großeltern und Geschwistern	515
II. Umgang des Kindes mit engen Bezugspersonen	520
III. Hinweise für den Sachverständigen	523
IV. Umgang mit Haustieren	527
H. Fragen zu Kindeswohlgefährdung	529
I. Entzug der elterlichen Sorge	529
II. Einzelne Aspekte, die eine Kindeswohlgefährdung begründen können ...	588
III. Kindeswohlfragen beim fremduntergebrachten Kind	612
IV. Umgang des fremduntergebrachten Kindes mit den Eltern	641
V. Fragen zu Missbrauchs/Misshandlungserfahrungen	653
VI. Freiheitsentziehende Unterbringung eines Minderjährigen	667
I. Eltern unterschiedlicher Nationalität	675
I. Aufenthaltsfragen	675
II. Ausländerrecht und Familienrecht	679
III. Rückführung eines Kindes nach dem Haager Übereinkommen	680
IV. Hinweise für den Sachverständigen	683
J. Aspekte des Kindeswohls	705
I. Handlungsleitende Kriterien	705
II. Aspekte auf Seiten der Eltern	711
III. Erkrankung bzw. Behinderung der Eltern	767
IV. Aspekte auf Seiten des Kindes	825
V. Störungen im Kindes- und Jugendalter und Erziehungsbedarf	840
VI. Aspekte der Elterntrennung	881
VII. Aspekte der Elternbeziehung	895
VIII. Aspekte der Familienbeziehung	913
K. Sachverständiges Handeln	975
I. Methoden	975
II. Hinweise für den Ablauf einer Begutachtung	993
III. Hinwirken auf Einvernehmen	1051
L. Schriftliche Ausführungen	1073
I. Schriftliches Gutachten	1073
II. Ergänzungsgutachten	1094
III. Alternative schriftliche Ausführungen	1094
M. Teilnahme am Gerichtstermin	1099
I. Verfahrensvorschriften für das mündliche Gutachten	1099
II. Verpflichtungen des Sachverständigen	1105
III. Beeidigung des Sachverständigen	1108
IV. Hinweise für den Sachverständigen	1109
N. Qualitätssicherung	1119
I. Gutachtenrichtlinien	1119
II. Qualifizierung	1120

III. Zukunft	1130
IV. Selbstreflexion	1130
Sachverzeichnis	1131





beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Literatur	LI
Abkürzungen	LXXI
A. Einleitung	1
B. Aspekte des familiengerichtlichen Verfahrens	13
I. Familiengericht	13
1. Familiengerichtliche Zuständigkeit	13
2. Begrifflichkeiten	14
3. Örtliche Zuständigkeit	14
4. Instanzenweg	14
a) Oberlandesgericht	14
b) Bundesgerichtshof	15
c) Bundesverfassungsgericht	15
II. Familienrecht	15
1. Elternschaft	15
2. Voraussetzungen für die Scheidung	16
a) Zerrüttung	16
b) Trennungszeit	16
3. Sorge- und Umgangsrecht	17
a) Autonomie der Eltern	17
b) Gesetzliche Sorgerechtskriterien	17
c) Kindeswohl	18
d) Grundfunktionen des Kindeswohlbegriffes	19
e) Kindeswohl: richtig oder falsch	20
f) Kindeswohlsschwellen	20
g) Gemeinsamer Elternvorschlag	21
h) Verfahrensbeteiligung des Kindes	22
i) Kindeswille eines über 14 Jahre alten Kindes	22
j) Beschwerderecht des Kindes	22
k) Recht auf Inanspruchnahme des Jugendamtes	23
4. Unterhalt	23
a) Betreuungs- und Kindesunterhalt	23
b) Höhe des Kindesunterhalts	23
III. Das familiengerichtliche Verfahren	23
1. Eröffnung eines Verfahrens	24
a) Antrag	24
b) Verfahrensbeteiligte	24
c) Rückmeldung des Beraters	25
2. Nichtöffentlichkeit	25
3. Vorrang- und Beschleunigungsgebot	25
a) Terminierung	25
b) Schriftsätze	26

4. Hinwirken auf Einvernehmen	26
a) Einigung möglich	26
b) Einigung bei Umgangsregelung schwierig	27
5. Amtsermittlungsgrundsatz	27
a) Officialmaxime	28
b) Beweismittel	28
6. Gerichtliche Anhörung der Betroffenen	29
a) Anhörung der Eltern	29
b) Anhörung des Kindes	30
c) Unterlassung einer Kindesanhörung	31
d) Anhörung weiterer Personen	31
e) Beendigung eines Verfahrens	32
7. Gerichtliche Ordnungsmittel	32
a) Rechtliche Vorgaben	32
b) Ordnungsgeld	33
c) Zwangsgeld	34
d) Ordnungshaft	34
e) Erzwingungshaft	34
f) Einschränkungen und Entzug der elterlichen Sorge	34
g) Anwendung von Gewalt (Unmittelbarer Zwang)	35
h) Anwendung von Gewalt bei Fragen des Umgangs	35
i) Anwendung von Zwang bei Sorgerechtsfragen	35
j) Strafverfahren	37
k) Verfahrenskosten	37
l) Auswirkungen auf Unterhaltsverpflichtungen	38
m) Ersatzansprüche bei Verletzungen des Umgangsrechts	38
8. Eilverfahren, einstweilige Anordnung	39
a) Sorge- und Umgangsverfahren	39
b) Kindeswohlgefährdung	39
c) Hinweise für den Sachverständigen	40
C. Rechtliche Aspekte bei der Beauftragung eines familienrechtspsychologischen Sachverständigen	41
I. Beauftragung	41
1. Gerichtlicher Beweisbeschluss und Formulierung der Beweisfrage ..	41
a) Inhalt des Beschlusses	42
b) Veränderung, Erweiterung der Beweisfrage	43
c) Konkretisierung der Beweisfrage	43
d) Fehlerquellen im Beweisbeschluss	46
e) Beschwerde gegen den Beweisbeschluss:	46
f) Gültigkeitsdauer des Beweisbeschlusses	47
g) Abgabe an ein anderes Gericht	47
2. Beauftragung des Sachverständigen	48
a) Rechtliche Vorgaben	48
b) Beschwerde gegen die Beauftragung eines Sachverständigen	49
c) Elternteil lehnt den Sachverständigen ab	49
d) Heranziehung und Verwertung eines Gutachtens aus einem anderen Verfahren	50
e) Hinweise für den Sachverständigen	50
f) Beauftragung zu weiteren Schriftsätzen	50
g) Stellungnahme zum Ablehnungsantrag	51
h) Ladung zur mündlichen Verhandlung	51

3. Qualifikation des Sachverständigen	51
a) Ausbildung	51
b) Qualifikationsanforderung	52
c) Approbationsvorbehalt	54
d) Akzeptanz des Rechtsrahmens	55
e) Ethische Anforderung	55
f) Persönliche Integrität	55
g) Unabhängigkeit	56
4. Der „Gerichtliche Sachverständige“ als Berufsbezeichnung	56
a) Definition	56
b) Kein geschützter Begriff	56
c) Fachwissen	56
d) Unzulässige Bezeichnung	57
5. Auswahl des Sachverständigen	57
a) Rechtliche Vorgaben	57
b) Fachkompetenz	58
c) Praxis der Auswahl	59
d) Psychologe oder Mediziner	60
e) Therapeut oder Mediator	61
f) Kopftuch und religiös-orientierte Bekleidung	62
6. Sachverständiger versus sachverständiger Zeuge	62
a) Definition	62
b) Ladung	62
c) Bewertende Aussagen und deren Folgen	63
d) Anderes gerichtliches Verfahren	63
7. Begutachtungspflicht	64
a) Ablehnung der Begutachtung	64
b) Beamtenrechtliche Vorschriften	64
c) Folgen bei ungerechtfertigter Ablehnung	65
d) Keine Verpflichtung zur Abgabe einer Empfehlung	65
8. Entpflichtung/Entbindung von der Begutachtung	65
a) Gründe für Entbindung	65
b) Folgen im Hinblick auf die Entschädigung	66
c) Beschwerde	66
9. Anleitungspflicht und Kontrollfunktion der Familienrichterin	66
a) Rechtliche Vorgaben	66
b) Inanspruchnahme der Anleitungspflicht	68
c) Folgen bei Nichtbeachtung richterlicher Anweisungen	71
d) Überlassung der gerichtlichen Entscheidung	71
e) Hinweise für den Sachverständigen	71
II. Beim Vorgehen des Sachverständigen	72
1. Prüfungspflichten nach Auftragsingang	72
a) Rechtliche Vorgaben	72
b) Überprüfungspflicht Fachgebiet	72
c) Überprüfung der Fragestellung	73
d) Ausweitung oder Veränderung des Beweisbeschlusses	74
e) Überprüfung der Kosten	75
f) Weitere Überprüfungspflichten	75
2. Umgang mit den Akten und Schriftsätzen	75
a) Akteneingang	75
b) Informationen aus den Akten	76
c) Dokumente nach Akteneingang	77
d) Rückleitung der Akten	78

e) Eingang von Schriftsätzen nach Abschluss des Gutachtens	79
f) Unterlagen des Sachverständigen	80
g) Weiterleitung der Akten an Dritte	81
h) Datenschutz	81
i) Beschlussübersendung	81
j) Elektronischer Datenverkehr mit dem Gericht	81
k) Weitergabe des Gutachtens oder Schriftstücke an Dritte	82
3. Verpflichtung zur persönlichen Erstattung des Gutachtens	82
a) Rechtliche Vorgaben	82
b) Beizugene Sachverständige	84
c) Fachlicher Austausch mit Fachkollegen	85
d) Hilfskräfte	85
e) Vertrauensperson	87
f) Hospitation	87
g) Hinweise für den Sachverständigen	87
4. Die Verpflichtung, das Gutachten innerhalb der gesetzten Frist zu erstellen	88
a) Rechtliche Vorgaben	88
b) Überprüfung der zeitlichen Verfügbarkeit	89
c) Beschleunigtes Vorgehen	89
d) Fristüberschreitung	89
5. Die Verpflichtung, nach bestem Wissen zu handeln	91
a) Rechtliche Vorgaben	92
b) Hinweise für den Sachverständigen	92
c) „Nach bestem Wissen“ und Validität	94
6. Die Verpflichtung, nach bestem Gewissen zu handeln	94
a) Rechtliche Vorgaben	94
b) Gewissensprüfung	95
c) Gewissensfragen	95
d) Verletzung	95
e) Pflege des Gewissens	96
7. Die Verpflichtung, ökonomisch zu handeln	96
a) Anforderung	96
b) Notwendiger/erforderlicher Aufwand	97
c) Kostenrahmen	97
8. Mitteilungspflicht gegenüber dem Gericht	99
a) Umfang	100
b) Zufällig erhaltene Informationen	101
c) Überschreiten des vorgegebenen Kostenrahmens	101
9. Verschwiegenheitspflicht	102
a) Rechtliche Vorgaben	102
b) Geheimnis	102
c) Verletzung der Schweigepflicht	103
d) Keine Verletzung	104
e) Einwilligung notwendig	104
f) Keine Verletzung der Verschwiegenheitspflicht bei Weitergabe an Personal	105
g) Supervision	105
h) Grenzfälle	105
i) Keine Verschwiegenheitspflicht	107
j) Weitergabe von Informationen	108
k) Verletzungsfolgen	110

10. Datenschutz	110
a) Rechtliche Vorgaben	111
b) Schutzmaßnahmen	113
c) Löschung	114
d) E-Mail-Kommunikation	115
e) Online-Termine	115
f) Verwendung von ChatGPT u.a.	116
g) Digitaler Austausch mit dem Gericht	116
h) Entschädigungsantrag	116
i) Meldepflicht	116
11. Offenbarungspflicht	116
a) Rechtliche Vorgaben	117
b) Keine Offenbarungspflicht	118
12. Verpflichtung zur Unparteilichkeit	118
a) Rechtliche Vorgaben	118
b) Umfang	118
c) Haltung	119
d) Inhalt	119
e) Verletzung der Unparteilichkeit	120
f) Keine Verletzung der Unparteilichkeit	122
g) Grenzfälle	122
h) Bewahrung der Unabhängigkeit	123
13. Ermittlungstätigkeit	123
a) Rechtliche Vorgaben	123
b) Anknüpfungstatsachen	124
c) Befundtatsachen	124
d) Zusatztsachen	125
e) Befragung von Dritten	126
f) Internetrecherchen	127
g) Relevante Informationen durch eine von der Begutachtung betroffene Person, die einen Anfangsverdacht begründen	128
h) Zufällig erhaltene Information	128
i) Hinweise für den Sachverständigen	129
14. Transparenz bei der Begutachtung	129
a) Rechtliche Vorgabe	129
b) Umfang und Reichweite	129
c) Keine Verletzung der Transparenz	133
d) Grenzfälle	134
e) Verletzung der Transparenz	136
15. Dokumentations- und Aufbewahrungspflicht	137
a) Während der Begutachtung	137
b) Aufbewahrung nach Abschluss der Begutachtung	137
16. Selbstablehnung	138
a) Vor Beginn der Begutachtung	139
b) Während der Begutachtung	139
17. Ablehnung des Sachverständigen	139
a) Überprüfungspflicht des Sachverständigen	139
b) Rechtliche Vorgaben	139
c) Hinweise aus der Rechtsprechung	143
d) Hinweise für den Sachverständigen	149
e) Richterin soll abgelehnt werden	151

III. Nach Abschluss der Begutachtung	151
1. Würdigung des Gutachtens	151
a) Rechtliche Vorgaben	151
b) Abweichung vom Gutachten	154
2. Weiteres Gutachten	156
a) Rechtliche Vorgaben	156
b) Gründe für ein weiteres Gutachten	156
c) Abwägung beider Gutachten	157
3. Privat erstellte Gutachten/Expertisen	157
a) Privat- und Parteiengutachten	157
b) Rechtliche Vorgaben	158
c) Private psychologische Stellungnahme zum Gutachten	159
d) Behördengutachten	161
e) Coaching, Begleitung eines Elternteils	161
4. Obergutachten	162
5. Urheberrecht	163
a) Weiterverwertung des Gutachtens in anderen Gerichtsverfahren ..	163
b) Kopien und Weitergabe des Gutachtens durch die Beteiligten	163
c) Veröffentlichung im Internet	163
d) Geschützt durch das Urheberrecht	163
6. Haftung und strafrechtliche Verantwortung	164
a) Rechtliche Vorgaben	164
b) Hinweise für den Sachverständigen	166
c) Absicherung	169
7. Gutachtenkosten	169
a) Rechtliche Vorgaben	169
b) Kosten	171
c) Beschwerde gegen Gutachtenkosten	171
8. Vergütung des Sachverständigen	173
a) Rechtliche Vorgaben	173
b) Vergütung bei zwei parallelen Verfahren	174
c) Gestaltung des Vergütungsantrags	174
d) Dreimonatsfrist	175
e) Anspruchsvoraussetzung	177
f) Stundensatz	180
g) Zeitaufwand	180
h) Sonstige Kosten, Auslagen	182
i) Umsatzsteuer beim Sachverständigen	186
j) Nicht vergütungsfähige Positionen	186
k) Bearbeitung des Vergütungsantrags	187
l) Gerichtliche Überprüfung und Festsetzung	188
m) Gründe zur Verweigerung bzw. Kürzung der Vergütung	190
n) Hinweise aus der Rechtsprechung, welche Gründe eine Kürzung oder Versagung der Vergütung rechtfertigen können	195
o) Gründe, die eine Kürzung oder Versagung nicht rechtfertigen können	196
9. Hinweise zum Schutz des Sachverständigen	196
a) Herabsetzung der Person des Sachverständigen	197
b) Internet	197
c) Beleidigung des Sachverständigen	198
d) Bedrohung des Sachverständigen	199
e) Schutzmaßnahmen	200

D. Die am familiengerichtlichen Verfahren beteiligten Personen	203
I. Sachverständiger und Personen, die von der Begutachtung betroffen sind ..	203
1. Stellung des Sachverständigen zu den Eltern	203
a) Arbeitsverhältnis Sachverständiger – Eltern	203
b) Kein Schaden	203
c) Beziehungsgefälle	204
d) Mitwirkung der Eltern	204
e) Freiwilligkeit	206
f) Aufklärungs- und Belehrungspflicht	206
g) Einwilligung	209
h) Folgen bei Widerruf der Zustimmung	213
i) Bedenken gegen Aktenlage	214
j) Keine Verpflichtung zur Inanspruchnahme vieler Hilfsmaßnahmen möglich	215
k) Schwangerschaft	216
l) Recht auf Weigerung, an der Begutachtung mitzuwirken	216
m) Folgen bei Weigerung, an der Begutachtung mitzuwirken	216
n) Weigerung eines Elternteils an der Begutachtung teilzunehmen bei Zustimmung der Begutachtung des Kindes	217
o) Weigerung, das Kind einzubeziehen	218
p) Möglichkeiten des Gerichts, bei Verweigerung der Beteiligten das Kind einbeziehen zu lassen	218
q) Verweigerung der Eltern, ein nicht vom Beschluss erfasstes Kind zu befragen	220
r) Möglichkeiten des Gerichts bei Verweigerung der Beteiligten, dritte Personen durch den Sachverständigen befragen zu lassen ...	220
s) Parteiöffentlichkeit	220
t) Haltung des Sachverständigen beim Hinwirken auf Einvernehmen (Vgl. → Rn. 1406)	224
u) Tod eines Elternteils	225
2. Stellung des Sachverständigen zum gesetzlichen Betreuer eines Elternteils	225
3. Stellung des Sachverständigen zum Kind	226
a) Rechtliche Ausgangslage	226
b) Das 14-jährige oder einsichtsfähige Kind	226
c) Aufklärungspflicht	227
d) Einwilligung	228
e) Freiwilligkeit	230
f) Anwesenheit der Sorgeberechtigten	230
g) Belastung durch Einbeziehung	231
h) Hinweise für den Sachverständigen	231
II. Sachverständiger und andere Fachpersonen	233
1. Stellung des Sachverständigen zum Anwalt	233
a) Anwaltszwang	234
b) Aufgabe des Anwalts	234
c) Kontrolle des Sachverständigen	234
d) Anträge wegen Besorgnis der Befangenheit	235
e) Hinweise für den Sachverständigen	235
2. Stellung des Sachverständigen zum Beistand	237
a) Rechtliche Vorgaben	237
b) Ausschluss eines Beistandes	237

c) Rolle des Beistandes	238
d) Hinweise für den Sachverständigen	238
3. Stellung des Sachverständigen zum Ergänzungspfleger bzw. Vormund	238
a) Rechtliche Vorgaben	238
b) Hinweise für den Sachverständigen	241
4. Stellung des Sachverständigen zum Verfahrensbeistand	242
a) Rechtliche Vorgaben	242
b) Entpflichtung	243
c) Rechte des Verfahrensbeistands	243
d) Aufgaben des Verfahrensbeistands	244
e) Abgrenzung zu anderen Fachpersonen	245
f) Hinweise für den Sachverständigen	245
5. Stellung des Sachverständigen zum Umgangspfleger	246
a) Rechtliche Vorgaben	246
b) Aufgaben des Umgangspflegers	247
c) Keine Aufgaben des Umgangspflegers	248
d) Hinweise für den Sachverständigen	249
6. Stellung des Sachverständigen zum Umgangsbegleiter	249
a) Rechtliche Vorgaben	249
b) Hinweise für den Sachverständigen	251
7. Stellung des Sachverständigen zur Vertreterin des Jugendamtes	252
a) Rechtliche Vorgaben	252
b) Beratung nach §§ 17 und 18 SGB VIII	253
c) Mitwirkung im gerichtlichen Verfahren nach § 50 SGB VIII	254
d) Hinweise für den Sachverständigen	255
8. Stellung des Sachverständigen zum weiteren Sachverständigen	257
9. Stellung des Sachverständigen zum Dolmetscher	258
a) Beauftragung	258
b) Auswahl	258
c) Überlassung der Akten	259
d) Kostennote	259
e) Hinweise für den Sachverständigen	260
10. Stellung des Sachverständigen zu den Pflegeeltern	261
a) Rechtliche Vorgaben	261
b) Verhältnis Elternrecht – Recht der Pflegeeltern	262
c) Elterliche Sorge und Pflegeverhältnis	262
d) Hinweise für den Sachverständigen	262
III. Sachverständiger und nicht beteiligte Personen	264
1. Stellung des Sachverständigen zu Bezugspersonen	264
a) Befragung ist erlaubt	265
b) Hinweispflicht	265
2. Stellung des Sachverständigen zu Fachpersonen als Informanten	265
a) Zustimmung/Einwilligung	266
b) Schweigepflichtentbindungserklärung	267
c) Verweigerung der Auskunft von zu der Schweigepflicht verpflichteten Dritten	268
d) Atteste	269
e) Arzt-, Klinik- oder SPZ-Berichte u.a.	269
f) Widerruf der Schweigepflichtsentbindung	270
g) Auskünfte der Polizei	270
h) Hinweise für den Sachverständigen	270

E. Fragen zum Sorgerecht bei Trennung und Scheidung	275
I. Fragestellungen an den Sachverständigen bei Verfahren zur elterlichen Sorge bei Trennung und Scheidung	275
1. Vorüberlegungen	275
2. Es bleibt bei der gemeinsamen Sorge	276
a) Rechtliche Vorgaben	276
b) Gemeinsame Sorge nach Trennung	277
3. Einzelfallentscheidung gemäß § 1628 BGB	284
a) Nur bei Entscheidung von erheblicher Bedeutung	285
b) Hinweise aus der Rechtsprechung für Einzelfallentscheidungen: ..	286
4. Vollmachtserteilung/Ermächtigung	287
a) Gegenseitig bei gemeinsamer Sorge	288
b) Bei Sorgerechtsübertragung	288
c) Beim Tod eines Elternteils	289
d) Gegenüber Dritten bei Verfahren nach § 1666 BGB	289
e) Bevollmächtigung durch Dritte (Ergänzungspfleger/Vormund) ..	289
f) Formulierungen	289
g) Hinweise für den Sachverständigen	290
5. Regelung der elterlichen Sorge oder von Teilbereichen	290
a) Antrag	291
b) Kindeswohlprüfung	293
c) Aufhebung der gesamten gemeinsamen Sorge und die Übertragung der alleinigen elterlichen Sorge auf einen Elternteil .	294
d) Hinweise aus der Rechtsprechung	294
e) Teilübertragungen der elterlichen Sorge	297
f) Weitere sorgerechtliche Bereiche (Vgl. → Rn. 399)	299
g) Weitere Folgen	299
h) Unterhaltsverpflichtung	299
6. Ausgewählte Konflikte	299
a) Geschwistertrennung	299
b) Straffälligkeit und Haft eines Elternteils	300
c) Herausgabe des Passes, Unterlagen und persönlicher Gegenstände des Kindes	301
d) Urlaubs- und Ferienreisen (Vgl. → Rn. 399)	302
e) Wohnsitz des Kindes	302
f) Wohngeld	302
g) Betreuung eines schwerst-behinderten Kindes	302
h) Schulfeste	303
i) Auswahl der Schule	303
j) Impfung	304
k) Religionsfragen	304
l) Fotografieren und Filmen des Kindes	305
m) Betreibung eines Erwerbsgeschäftes durch einen Minderjährigen .	305
n) Herausgabe des Kindes	305
o) Weitere Bereiche im Zusammenhang mit Erziehungskompetenz .	306
7. Hinweise für den Sachverständigen	306
a) Sorgerecht und Betreuung	306
b) Einbeziehung des Kindes	306
c) Einigungsbereitschaft der Eltern	307
d) Erfassung der Kooperationsbereitschaft und Problemlösefähigkeit	307
e) Hinwirken auf Einvernehmen	308
f) Sachverständige Abwägung	310

g) Abwägung bezüglich eines Eingriffs in das Sorgerecht	310
h) Beantwortung der gerichtlichen Frage	313
i) Vorschläge zur Intervention	314
II. Das „Kleine Sorgerecht“ für Stiefeltern	314
1. Rechtliche Vorgaben	314
a) Elternteil ist allein sorgeberechtigt	314
b) Bei gemeinsamer Sorge	314
c) Recht des Kindes	315
2. Hinweise für den Sachverständigen	315
III. Abänderung einer ergangenen Sorgerechtsentscheidung	315
1. Rechtliche Vorgaben	315
a) Kindeswohlsschwellen	315
b) Abänderung eines paritätischen Wechselmodells	316
c) Kriterien	316
d) Rechtsprechung	317
2. Rechtsfolgen nach Abänderung	317
3. Hinweise für den Sachverständigen	318
a) Erfassung der Gründe für die Abänderung einer Sorgerechtsregelung	318
b) Früherer hauptbetreuender Elternteil will das Kind wieder zu sich nehmen	318
c) Abänderung bei einem anstehenden Umzug	319
d) Wille des Kindes	319
e) Hinwirken auf Einvernehmen	319
f) Prognose und Beantwortung der Fragestellung	320
IV. Regelung der elterlichen Sorge bei nicht verheirateten Eltern	320
1. Rechtliche Vorgaben	320
a) Sorgeerklärung	320
b) Gemeinsame Sorge durch Beschluss des Gerichts	321
c) Alleinige Sorge des Vaters	322
d) Hinweise aus der Rechtsprechung	322
e) Abänderung der gerichtlichen Entscheidung	324
2. Gemeinsame elterliche Sorge bei minderjährigen Eltern	324
3. Hinweise für den Sachverständigen	324
a) Ausgangssituation	325
b) Vorgehen des Sachverständigen	325
c) Abklärung der Erziehungsfähigkeit (Vgl. → Rn. 947)	325
d) Abklärung des Konfliktniveaus	326
e) Hinwirken auf Einvernehmen	327
f) Beantwortung der gerichtlichen Frage	328
g) Alternative Möglichkeiten	328
V. Um- und Wegzug mit dem Kind	329
1. Rechtliche Vorgaben	329
a) Rechtliche Vorgaben bezüglich Sorgerecht	329
b) Bereits erfolgter Umzug des Kindes ohne Genehmigung des getrennt lebenden Elternteils	331
c) Umzug ohne Kind	332
d) Umzug des nicht betreuenden Elternteils	332
2. Recht auf Freizügigkeit	332
a) Überprüfung der Motive beim Wegziehenden	333
b) Motiv: Verhinderung des Umgangs	333
c) Überprüfung der Motive beim Zurückbleibenden	333
d) Motive des Kindes	333

3. Aspekte beim Umzug an weiter entfernte Wohnorte	334
a) Auswirkungen auf das Kind	334
b) Holen und Bringen	335
c) Weitere sorgerechtsrelevante Aspekte	336
4. Besonderheiten beim Umzug ins Ausland	337
a) Hausbesuch	337
b) Besuchsregelungen	337
c) Kulturelle Unterschiede	337
d) Beachtung unterschiedlicher Rechtsordnungen	338
e) Möglichkeiten für die Absicherung einer Vereinbarung	338
5. Hinweise für den Sachverständigen	339
a) Ausgangslage	339
b) Folgerungen aus den rechtlichen Rahmenbedingungen	339
c) Fragen, die das Vorgehen leiten können	340
VI. Namensänderung des Kindes	342
1. Rechtliche Vorgaben	342
a) Namensgebung	342
b) Namensänderung	343
c) Ersetzung der Einwilligung	343
d) Zustimmung	344
e) Rechtliche Bewertung	344
f) Kindeswohlschwelle	344
g) Beweislast	345
h) Doppelnamen	346
i) Rechtsprechung	346
2. Hinweise für den Sachverständigen	347
a) Ausgangslage	347
b) Diagnostik	348
c) Name und Identitätsentwicklung	349
d) Name und Alter des Kindes	349
e) Bewertungshilfe	350
f) Hinweise für den Sachverständigen	350
F. Fragen zu Betreuungsregelung/Umgang/Kontakt des Kindes mit den Eltern bei Trennung und Scheidung	351
I. Umgangsregelung: Hinweise aus dem Recht	352
1. Reichweite des Umgangsrechts	353
a) Kindeswohlschwelle	353
b) Bei Fremdunterbringung	354
c) Umgangsrecht: Sorgerecht/Alltagsentscheid	354
d) Grenze des Umgangsrechts	355
e) Umgangsverzicht	356
f) Verwirkung	356
g) Bezug zum Unterhalt	356
h) Einschränkung des Umgangsrechts	357
i) Für alle Kinder	357
j) Alter des Kindes	357
k) Kindeswille	357
2. Pflichten der Eltern beim Umgang	358
a) Pflicht, des hauptsächlich betreuenden Elternteils, den Umgang zu ermöglichen	358

b) Der getrennt lebende Elternteil hat die Pflicht, den Umgang wahrzunehmen	359
c) Keine Pflicht des Kindes	359
d) Kosten des Umgangs	360
3. Inhalt des Umgangsrechts	360
a) Art des Umgangs	360
b) Zweck des Umgangsrechts	361
4. Gerichtliche Regelung des Umgangs	361
a) Regelungskompetenz	361
b) Ablehnung einer Umgangsregelung	361
c) Verfahrensleitlinie	362
5. Gerichtliche Ausgestaltung des Umgangs	362
a) Individuelle Regelung	362
b) Konkrete Ausgestaltung	363
c) Anwesenheit dritter Personen beim Umgang	366
d) Umgang des Kindes mit dritten Personen	366
e) Bei Ausfall einer Umgangsregelung	367
f) Übernachtungen	368
g) Berücksichtigung umfangreicher Sport- und Freizeitaktivitäten des Kindes	368
h) Ferienregelung	368
i) Feiertagsregelung	370
j) Flüge für das Kind	371
k) Teilnahme des getrennt lebenden Elternteils an öffentlichen Veranstaltungen	371
6. Briefliche, telefonische und virtuelle Umgangskontakte	371
a) Verpflichtung des betreuenden Elternteils	372
b) Verpflichtung des Kindes	372
c) Erreichbarkeit der Eltern	372
d) Geschenke	372
e) Briefgeheimnis	372
7. Elternteil nimmt unabhängig von einer Umgangsregelung Kontakt mit dem Kind auf	373
8. Umgangsberechtigter Elternteil möchte anderen Umgang als gerichtlich aufgrund von Kindeswohlgesichtspunkten festgelegt	373
9. Elternteil nimmt keinen Kontakt zum Kind auf	374
a) Keine durchsetzbare Verpflichtung	374
b) Gründe seitens des Elternteils	375
10. Umgang und Kindeswille	375
a) Rechtliche Vorgaben	375
b) Beachtlicher Kindeswille	375
c) Berücksichtigung eines ablehnenden Kindeswillens	375
d) Alternative Möglichkeiten zum Beziehungserhalt bei ablehnendem Kindeswillen	376
11. Gerichtliches Vorgehen bei Umgangskonflikten	377
a) Auflagen an die Eltern	377
b) Folgen bei Umgangsbehinderungen	378
c) Maßnahmen nach § 1666 BGB	379
d) Ersatzansprüche bei Verletzungen des Umgangsrechts	379
e) Kosten des Verfahrens	379
f) Ergänzungspfleger für Umgang	379
g) Anbahnung eines Umgangs	380
h) Begleiteter, betreuter und beschützter Umgang	380

i) Begleiteter Umgang als Intervention	383
j) Begleiteter Umgang zur Aufrechterhaltung des Eltern Kind Kontaktes	384
12. Umgangsbeschränkung und Ausschluss des Umgangs	385
a) Rechtliche Vorgaben	385
b) Überprüfung der Verhältnismäßigkeit	387
c) Zeitliche Begrenzung	387
d) Unbefristeter Umgangsausschluss	388
e) Zur Abänderung einer Umgangeinschränkung	388
f) Briefkontakt	388
g) Zum Auskunftsanspruch	388
h) Amtsermittlung	388
i) Kindeswohlschwelle im Hinblick auf den Ausschluss des Umgangs	389
j) Hinweise aus der Rechtsprechung	389
k) Näherungsverbot zum Kind	393
l) Zum Umgang des fremduntergebrachten Kindes mit den Eltern ..	393
m) Hinweise für den Sachverständigen	393
13. Sorgerechtliche Überprüfung	394
a) Einsetzung eines Ergänzungspflegers für die Ausgestaltung des Umgangs	395
b) Übertragung der elterlichen Sorge auf den anderen Elternteil	395
c) Entzug der elterlichen Sorge	395
14. Ordnungsmittel	396
a) Gegenüber dem betreuenden Elternteil	396
b) Zwangsmaßnahmen gegenüber dem betreuenden Elternteil	397
c) Gegenüber dem Ergänzungspfleger	397
d) Gegenüber dem umgangsberechtigten Elternteil	397
e) Gegenüber dem Kind	397
15. Weitere Maßnahmen zum Schutz der Familie	398
a) Wohnungszuweisung	398
b) Annäherungs- und Kontaktverbot	398
c) Gewaltschutzgesetz	398
II. Abänderung einer Umgangsregelung	398
1. Rechtliche Vorgaben	399
a) Antrag	399
b) Kindeswohlschwelle	399
2. Hinweise aus der Rechtsprechung	400
a) Gründe, die eine Abänderung begründen können (Auswahl)	400
b) Gründe, die eine Abänderung nicht begründen	400
III. Hinweise aus der Psychologie/Scheidungsforschung für Betreuungs-/ Umgangsregelungen	400
1. Ausgangslage bei Betreuungs-/Umgangskonflikten der Eltern	400
a) Anteil an der Betreuungszeit	401
b) Umgangshäufigkeit	401
c) Väter ziehen sich zurück	402
d) Gründe für Kontaktreduzierung/Kontaktabbruch einer Bezugsperson	403
e) Den Kontakt unterstützende Faktoren	404
2. Betreuungsregelungen aus Sicht der Scheidungsforschung	404
a) Kein Standard	404
b) Umgang und Kindeswohl	405
c) Faktoren, die eine Betreuungsregelungen für das Kind belasten ..	409

d) Möglichkeiten des Sachverständigen	411
e) Beratung und Hilfestellung	412
3. Umgangs- und Betreuungsregelungen bei Kindern von Geburt bis vier Jahren	412
a) Rechtliche Vorgaben	413
b) Betreuungsregelungen aus psychologischer Sicht	413
c) Hinweise für den Sachverständigen für die Erarbeitung einer Umgangsregelung	416
d) Aspekte für die Erarbeitung einer Betreuungsregelung	418
4. Umgangs- und Betreuungsregelungen bei Kindern von vier bis acht Jahren	420
a) Entwicklungspsychologische Ausgangslage	420
b) Mädchen und Jungen	421
c) Abstimmungsbedarf	421
d) Auffällige Reaktionen des Kindes	421
e) Aspekte für die Erarbeitung einer Betreuungsregelung	423
f) Betreuungsmodelle	423
5. Betreuungsregelung für Kinder ab späterer Kindheit	423
a) Entwicklungspsychologische Ausgangslage	423
b) Trennungsreaktion	424
c) Betreuungsmodell	426
d) Abstimmungsbedarf	426
6. Betreuungsregelung für Kinder ab der Pubertät	426
a) Entwicklungspsychologische Ausgangslage	426
b) Trennungsreaktion	427
7. Umgangsprobleme, Umgangsablehnung, Umgangsverweigerung seitens des Kindes	427
a) Gründe, die in der Trennungsgeschichte liegen	428
b) Neue Partner	429
c) Umgebungsvariablen	429
d) Verschiedene Wohnorte	429
e) Geschwister	429
f) Stieffamilie	430
g) Andere Gründe	430
8. Familiäre Gewalt	430
9. Aspekte bei Familien mit Migrationshintergrund	431
10. Hinweise für den Sachverständigen für sein Vorgehen bei Fragen zur Umgangs-/Betreuungsregelung	431
a) Rechtliche Vorgaben	431
b) Voreinstellung	431
c) Abklärung von Belastungsfaktoren	432
d) Stütz- und Risikofaktoren	432
e) Abklärung der Ablehnungsgründe	432
f) Abklärung der Intensität der Ablehnung	433
g) Diagnostische Hinweise	433
h) Bewertung und Abwägung bei Umgangsverweigerung des Kindes	434
i) Hinweise für den Sachverständigen für Interventionsziele	436
11. Hinwirken auf Einvernehmen/Prozessorientiertes Vorgehen	436
a) Verständnis für die Eltern	438
b) Unterstützung des Kindes durch die Eltern	438
c) Konkrete Gestaltung des Umgangs	439
d) Geltung der gerichtlichen Umgangsregelung	440
e) Ratschläge des Sachverständigen zu Beginn der Begutachtung	440

f) Wiederherstellung des Eltern-Kind-Kontaktes	441
g) Kind möchte mehr Umgang	443
h) Weitere Interventionen	444
i) Fremduntergebrachtes Kind	444
12. Hinweise für den Sachverständigen für die Konkretisierung einer Betreuungsregelung	444
a) Standardisierte Betreuungsregelung	444
b) Zeitlich fixierte Betreuungsregelung	445
c) Ferienregelung	446
d) Besondere Ereignisse	449
e) Kindergarten- und Schulfeste	449
f) Kosten	449
g) Organisation der Übergaben	450
h) Telefonate	451
i) Eltern-Kind-Kontakt mit neuen Medien	452
j) Weitere Kontaktmöglichkeiten	454
k) Holen und Fahrten für die Kinder	455
l) Erkrankung des Kindes	457
m) Erkrankung des getrennt lebenden Elternteils	458
n) Bei Infektionsrisiken	458
o) Anwesenheit dritter Personen	458
p) Abstimmungsmöglichkeiten	458
13. Beantwortung der Fragestellung	459
a) Überprüfung der Fragestellung	459
b) Verbindlichkeit	459
c) Schiedsklausel	460
d) Empfehlung Beratung	460
14. Empfehlung Umgang einschränkende Maßnahmen	460
a) Reduzierung der Umgangshäufigkeit	460
b) Empfehlung Umgangspfleger	461
c) Empfehlung begleiteter Umgang	461
d) Empfehlung betreuter (unterstützender) Umgang	464
e) Empfehlung kontrollierte Kindesübergabe	465
f) Empfehlung Therapie für das Kind	465
g) Ausschluss des Umgangs	465
15. Empfehlung von Ordnungsmitteln	465
a) Keine wissenschaftliche Basis für Empfehlung	466
b) Ordnungsgeld	466
c) Ordnungshaft (Vgl.→ Rn. 83)	466
16. Empfehlung Wechsel des Lebensschwerpunktes	467
a) Keine Bestrafung	467
b) Datengrundlage für Wechsel	467
c) Empfehlung für die Unterbringung des Kindes in einer Institution	468
d) Kontakt zum dann anderen Elternteil	469
17. Zusammenfassende Folgerung für den Sachverständigen bei erheblichen Umgangsschwierigkeiten	469
IV. Betreuungsmodelle und Wechselmodell	470
1. Betreuungsmodelle – Begrifflichkeiten	471
a) Betreuung unter ca. 30 % der Betreuungszeit	471
b) Betreuung über 30 % der Betreuungszeit	471
c) Nestmodell	472
d) Internat	472

2. Rechtliche Ausgangslage	473
a) Aufenthaltsbestimmungsrecht/Wechselmodell	473
b) Erweiterte Umgangsregelung	473
c) Ferienregelung bei paritätischem Wechselmodell	474
d) Schulwahl	474
e) Kindeswohlschwellen	474
f) Abänderung eines Wechselmodells	475
g) Kindeswohlschwelle bei Abänderung	475
h) Individuelle Regelung	476
3. Voraussetzungen für ein paritätisches Wechselmodell aus rechtlicher Sicht	476
a) Keine Voraussetzungen für das Wechselmodell	476
b) Voraussetzung für ein Wechselmodell	476
4. Weitere rechtliche Folgen des paritätischen Wechselmodells	477
a) Alltagsentscheid	477
b) Unterhalt	478
c) Weitere finanzielle Folgen	478
d) Haftung	478
e) Bestimmung des Aufenthaltes	479
5. Einige Hinweise zur Häufigkeit des paritätischen Wechselmodells im internationalen Vergleich	479
6. Argumente für das Wechselmodell	480
a) Aus praktischer Sicht	480
b) Bei Elterneinigung	480
c) Bei Uneinigkeit der Eltern	480
d) Berufstätigkeit der Eltern	481
e) Freizeit	481
7. Wechselmodell und Kindeswohl	481
a) Wechselmodell und Scheidungsforschung	481
b) Folgen der Elterntrennung für das Kind	484
c) Kindeswille	487
d) Gleichwertigkeit, Gerechtigkeit und Fairness für die Eltern	487
8. Wechselmodell und Alter des Kindes	488
a) Säuglinge und Kleinkinder	488
b) Kindergartenalter	489
9. Wechselmodelle und Konfliktniveau	490
10. Hinweise für den Sachverständigen	491
a) Betreuung bis zur Trennung	491
b) Motive der Eltern	491
c) Hinweise für die Diagnostik	492
d) Hinweise für das Hinwirken auf Einvernehmen	494
e) Integrative psychologische Bewertung für die Erarbeitung eines Wechselmodells aus psychologischer Sicht	495
f) Folgen eines Wechselmodells ohne Zustimmung beider Eltern	497
g) Empfehlung des Wechselmodells und Hochkonflikt	497
V. Umgang des leiblichen, aber nicht rechtlichen Vaters	498
1. Zweck und Umfang	499
a) Umgangspflegschaft	499
b) Begleiteter Umgang	499
c) Recht des Kindes	499
d) Pflichten des biologischen Vaters	499
e) Vaterschaft	499

2. Voraussetzung für Umgang	500
a) Ernsthaftes Interesse und Kindeswohldienlichkeit	500
b) Vermutung für das ernsthafte Interesse	500
c) Keine Vermutung	500
3. Hinweise aus der Rechtsprechung	500
4. Hinweise für den Sachverständigen	501
a) Ernsthaftes Interesse	501
b) Familiäre Konstellationen	501
c) Motive	502
d) Psychologische Fragen im Hinblick auf Umgang	503
e) Identität	503
f) Hinwirken auf Einvernehmen	504
g) Beantwortung der Fragestellung	504
h) Auskunftsanspruch	504
VI. Umgang mit einem Elternteil, der sich in Haft befindet	505
1. Rechtliche Vorgaben	505
2. Hinweise für den Sachverständigen	506
a) Ausgangslage	506
b) Vorgehen	506
c) Psychologische Fragen	507
d) Möglichkeiten des Umgangs in der Haftanstalt	507
e) Einbeziehung des Kindes	509
f) Beantwortung der gerichtlichen Frage	509
VII. Auskunftsanspruch	510
1. Rechtliche Vorgaben	510
a) Auskunftsanspruch	510
b) Wille des Kindes	513
c) Auskunftspflicht	513
d) Folgen für den betreuenden Elternteil	514
2. Hinweise für den Sachverständigen	514
G. Fragen zum Umgang des Kindes mit Bezugspersonen	515
I. Umgang des Kindes mit Großeltern und Geschwistern	515
1. Rechtliche Vorgaben	515
a) Amtsverfahren	515
b) Dienlichkeit	515
c) Rechte und Pflichten der Großeltern/Geschwister	517
2. Ausgestaltung des Umgangs	518
a) Großeltern haben bereits Umgang	518
b) Rangfolge	518
c) Weitere Aspekte	518
d) Einschränkungen des Umgangs	519
II. Umgang des Kindes mit engen Bezugspersonen	520
1. Ausgangslage	520
2. Rechtliche Vorgaben	521
a) Voraussetzung: Dienlichkeit	521
b) Voraussetzung: Sozial-familiäre Beziehung	521
c) Definition	521
3. Bindungspersonen	523
a) Rechtliche Vorgaben	523
b) Erziehungskompetenz der Eltern	523
c) Umgangsregelung des Kindes mit Dritten	523

o) Änderung und Aufhebung einer gerichtlich ergangenen Entscheidung	550
p) Erneute Kindeswohlprüfung	550
q) Gründe, die Eingriffe nach § 1666 BGB nicht rechtfertigen	550
r) Gründe, die Eingriffe nach § 1666 BGB rechtfertigen	552
r) § 1666 BGB und medizinische Versorgung	554
s) Schulbesuch	554
t) Hinwirken auf Einvernehmen	554
4. Hinweise für den Sachverständigen	554
a) Aspekte der Kindeswohlgefährdung	555
b) Vernachlässigung	555
c) Physische Ebene (körperliche) Vernachlässigung	556
d) Psychische/emotionale/verbale/seelische Misshandlung	556
e) Körperlicher Missbrauch/Misshandlung	559
f) (Sexueller) Missbrauch	559
g) Das Kind im Stich lassen und es sich selbst überlassen	560
h) Verletzung der Aufsichtspflicht	560
i) Münchhausen-by-Proxy	560
j) Fehlende elterliche Kompetenz bei Störungen im Kindes- und Jugendalter	560
k) Autonomiekonflikte Jugendlicher	561
l) Risikofaktoren	561
m) Schutzfaktoren	565
n) Anforderungen an den Sachverständigen	566
o) Datenerhebung	567
p) Folgen einer Kindeswohlgefährdung	570
q) Folgen von Vernachlässigung	571
r) Einschätzung des Vernachlässigungsrisikos	571
s) Einschätzung des Misshandlungsrisikos	572
t) Einschätzung des Missbrauchsrisikos	573
u) Einschätzung von Autonomiekonflikten Jugendlicher	573
v) Einschätzung der Kindeswohlgefährdung	573
w) Vorüberlegungen zur Beantwortung der Fragestellung	576
x) Beantwortung der gerichtlichen Frage	584
y) Hinweise zu besonderen Fragestellungen	586
II. Einzelne Aspekte, die eine Kindeswohlgefährdung begründen können ...	588
1. Aufsichtspflicht	588
2. Beziehung eines Jugendlichen mit einem deutlich älteren Partner ...	588
3. Straftat eines Elternteils	589
4. Kindeswohlgefährdung bei anstehender Haftstrafe der Mutter	589
5. Körperliche/medizinische Aspekte	590
a) Weibliche Beschneidung (Genitalverstümmelung)	590
b) Männliche Beschneidung	591
c) Einwilligung in einen Schwangerschaftsabbruch	592
d) Medizinische Versorgung	593
e) Geschlechtsanpassung	595
f) Cochlea-Implantation	597
g) Gefährdung eines an Diabetes Mellitus Typ I erkrankten Kindes ..	597
h) Impfung	598
i) Betreuung eines schwerstbehinderten Kindes	598
j) Rauchen in geschlossenen Fahrzeugen	598
k) Haarschneiden, Frisur	598
l) Eingriffe in den kindlichen Körper	598

6. Kindergartenbesuch	599
7. Schulbesuch	600
a) Rechtliche Vorgaben, Schulpflicht	600
b) Schulwahl	601
c) Schule und Kindeswohl	602
d) Folgen	602
e) Sonstiges	603
f) Hinweise für den Sachverständigen	603
8. Verweigerung des Umgangs	605
9. Hochkonflikt zwischen Eltern oder Eltern und Pflegefamilie	605
10. Kenntnis über Elternschaft	605
11. Medienkonsum	605
a) Rechtliche Vorgaben	605
b) Filme	606
c) Internet	606
d) Nutzung digitaler Medien durch das Kind	606
e) Hinweise für den Sachverständigen	607
f) Nutzung der Medien durch die Eltern	609
g) Veröffentlichungen von Fotos des Kindes im Netz	609
h) Kind als Blogger/YouTuber/Influencer/Instagrammer	610
i) Hinweise für den Sachverständigen	611
12. Weitere Bereiche	611
13. Radikalisierung eines Elternteils	611
III. Kindeswohlfragen beim fremduntergebrachten Kind	612
1. Begründung eines Pflegeverhältnisses	612
2. Das Pflegeverhältnis	613
a) Voraussetzung	613
b) Bereitschaftspflege	613
c) Verwandtenpflege	614
d) Fremdpflege	614
e) Unterschiede Fremdpflege – Verwandtenpflege	614
f) Dauer des Pflegeverhältnisses	615
g) Elterliche Sorge und Pflegeverhältnis	616
3. Rechtliche Vorgaben bei Herausnahme des Kindes aus der Pflegestelle	619
a) Rechtliche Vorgaben, wenn das Kind freiwillig in die Pflege gegeben wurde	619
b) Möglichkeiten der Pflegeeltern, eine Rückführung durch eine Verbleibensanordnung zu verhindern	620
c) Inhalt und Zweck der Verbleibensanordnung	621
d) Hinweise aus der Rechtsprechung	623
e) Herausgabeanspruch der Pflegeeltern	624
f) Umgangsrecht der Pflegeeltern	625
4. Rückführung des Kindes zu den Eltern	625
a) Gefährdungsprüfung bei Rückführung	625
b) Kindeswohlschwelle bei der Herausgabe und Rückführung des Kindes an die Großeltern/Verwandte	627
c) Kindeswohlschwelle bei der Herausgabe und Rückführung des Kindes in eine Adoptionsfamilie	628
d) Kindeswohlschwelle bei der Herausgabe und/oder Rückführung des Kindes zu anderen Pflegeeltern/Heim	628
e) Verweigerung der Rückführung durch das Jugendamt	629

5. Hinweise für den Sachverständigen	629
a) Formale Ausgangslage	629
b) Inhaltliche Ausgangslage	630
c) Hinweise für das Vorgehen	630
d) Kindeswohlbelastungen durch die Pflegestellen	635
e) Hinwirken auf Einvernehmen	638
f) Einbezug des Jugendamtes	638
g) Rückführung zu den Großeltern	638
h) Hinweise für die Gefährdungseinschätzung bei Rückführung	639
i) Prognose	640
j) Beantwortung der gerichtlichen Frage	640
IV. Umgang des fremduntergebrachten Kindes mit den Eltern	641
1. Rechtliche Vorgaben	641
a) Regelung des Umgangs durch das Jugendamt	641
b) Zweck des Umgangs	642
c) Wohlverhaltenspflicht für Pflegeeltern	643
d) Formale Aspekte	643
e) Wohlverhaltensklausel für Eltern	643
f) Einschränkung des Umgangs	643
g) Ausschluss des Umgangs	644
h) Gerichtliche Regelung des Umgangs	645
i) Auskunftsanspruch	645
2. Hinweise für den Sachverständigen	645
a) Pflegefamilienkonzept	646
b) Ausgangslage der Kinder	647
c) Kindeswille	648
d) Anforderungen an die Bezugspersonen	649
e) Prozessdiagnostik	650
f) Umgangsgestaltungen bei Pflegeverhältnissen	651
g) Umgangsgestaltungen bei Heimkindern	653
h) Besondere Probleme	653
V. Fragen zu Missbrauchs/Misshandlungserfahrungen	653
1. Verfahrensrechtlicher Aspekt	654
a) Bei vagem Anfangsverdacht	654
b) Bei begründeten Anfangsverdacht	655
c) Keine verdeckte Ermittlung	655
d) Zwei Sachverständige	656
e) Reihenfolge der Begutachtungen	656
f) Bei unklarer Beweislage	657
g) Psychophysiologische Begutachtung/Lügendetektor	657
h) Verwertung des familiengerichtlichen Gutachtens im Strafverfahren	657
2. Aussagepsychologische Begutachtung	658
a) Verbindliche Standards	658
b) Methode der aussagepsychologischen Begutachtung	658
3. Hinweise für den Sachverständigen	659
a) Aussagetüchtigkeit	659
b) Hypothesenbildung	661
c) Datenerhebung	662
d) Aussagequalität	664
e) Aussagezuverlässigkeit und weitere Analysen	665
f) Grenzen der aussagepsychologischen Begutachtung	665
g) Weitere familienpsychologische Abschätzungen	666

h) Sachverständige Empfehlung	667
i) Schutzkonzept	667
VI. Freiheitsentziehende Unterbringung eines Minderjährigen	667
1. Rechtliche Vorgaben	667
a) Elterliche Sorge	668
b) Einstweilige Anordnung	669
c) Eingriffsschwelle	669
d) Freiheitsentziehung	670
e) Keine Freiheitsentziehung	671
f) Geschlossene Unterbringung	672
g) Nur Schutz des Jugendlichen, nicht Dritter	672
2. Systemsprenger	672
3. Hinweise für den Sachverständigen	673
I. Eltern unterschiedlicher Nationalität	675
I. Aufenthaltsfragen	675
1. Aufenthaltsberechtigung	675
a) Rechte aus der Beziehung zum Kind	676
b) Voraussetzungen	676
c) Keine Abschiebungsgründe	677
d) Kein Abschiebehindernis	678
e) Kindesentzug	678
2. Hinweis für den Sachverständigen	678
a) Kindeswohl nicht Aufenthaltsfragen	678
b) Weitere Information für den Sachverständigen	678
II. Ausländerrecht und Familienrecht	679
1. Zuständigkeit	679
2. Recht auf Entfaltung der Persönlichkeit	679
3. Grenzen	679
a) Rechtsempfinden	679
b) Kindeswohl	680
III. Rückführung eines Kindes nach dem Haager Übereinkommen	680
1. Rechtliche Vorgaben	681
2. Kindeswille	681
a) Alter des Kindes	681
b) Ermittlung des Kindeswillens	682
3. Folgen bei Verweigerung der Rückführung	682
4. Gründe, die eine Rückführung verhindern	682
5. Sachverständigengutachten	683
IV. Hinweise für den Sachverständigen	683
1. Besondere Kenntnisse	683
a) Voreinstellung des Sachverständigen	684
b) Notwendiges Hintergrundwissen	687
c) Akkulturation und Integration	688
2. Aspekte beim Vorgehen des Sachverständigen	692
a) Sprachliche Aspekte	692
b) Gesprächsführung mit den Eltern	692
c) Gesprächsinhalte	693
d) Beobachtung der Eltern-Kind-Beziehung	693
e) Soziale Unterstützung	693
f) Gespräch mit dem Kind	694

g) Aspekte beim Hinwirken auf Einvernehmen	694
h) Aspekte, die im Konflikt zur Integration stehen können	694
3. Einige Hinweise auf Besonderheiten unterschiedlicher Kulturen ...	695
a) Besonderheiten bei Mitbürgern aus islamisch orientierten Staaten	695
b) Besonderheiten bei jüdischen Mitbürgern	696
c) Hinweise bei Roma- und Sinti-Familien	696
4. Rückkehrer aus dem Islamischen Staat	697
5. Binationale Familien	698
a) Ausgangslage	698
b) Identität	698
c) Sprachkenntnisse	699
6. Entziehungsbefürchtung	699
a) Ausgangslage	700
b) Möglichkeiten der Verhinderung	700
c) Hinweise für eine Entziehung/Entführung	702
d) Auswanderung	703
J. Aspekte des Kindeswohls	705
I. Handlungsleitende Kriterien	705
1. Kindeswohl	705
a) Begriff	705
b) Kindeswohl und psychologische Fragen	705
c) Alltagspsychologische Vorannahmen/Überzeugungen	706
d) Kindeswohl und Bedürfnisse des Kindes	707
e) Risiko- und Stützfactoren	708
2. Psychologische Kriterien	708
a) Wissen für den Einzelfall	709
b) Wechselwirkung der Faktoren	709
c) Bewertung der Kriterien	710
3. Hinweise für den Sachverständigen	710
II. Aspekte auf Seiten der Eltern	711
1. Alter und Elternschaft	711
a) Späte Elternschaft	711
b) Junge Eltern	712
c) Hinweise für den Sachverständigen	712
2. Alternative Elternschaften	713
a) Reproduktionsmedizin	713
b) Coparenting	715
c) Hinweise für den Sachverständigen	716
3. Alleinerziehend	716
4. Patchworkfamilien	717
5. Bereitschaft, elterliche Verantwortung zu übernehmen	717
a) Mental load	717
b) Betreuung allgemein	718
c) Beibehaltung des Betreuungsmodells	719
d) Finanzielle Motive	719
e) Weitere Motive	720
f) Vermögensnachfolge	720
g) Hinweise für den Sachverständigen	720
6. Betreuungs- und Versorgungsmöglichkeiten	721
a) Berufstätigkeit	721
b) Fremdbetreuung	722

c) Betreuung von Säuglingen	723
d) Betreuung und Erziehung von behinderten Kindern	724
e) Ökonomische Situation	724
f) Wohnverhältnisse	725
7. Erziehung des Kindes	725
a) Rechtliche Vorgaben	726
b) Erziehungsfähigkeit	727
c) Erziehungsstil	728
d) Erziehungsziel	730
e) Erziehungsmethoden/verhalten	731
f) Förderkompetenz/Erziehungskompetenz	737
8. Religiös und weltanschaulich geprägte Erziehung	742
a) Rechtliche Vorgaben	743
b) Hinweise aus der Rechtsprechung	745
c) Hinweise zu Religionsgemeinschaften	745
d) Hinweise zu weltanschaulich motivierter Erziehung	747
e) Hinweise für den Sachverständigen	748
9. Erziehungskompetenz und sexuelle Orientierung	752
a) Ausgangslage	752
b) Homosexualität	752
c) Konsum von Pornografie	755
d) Konsum von Kinderpornografie	756
e) Online/Cybergrooming	758
f) Pädophilie	758
g) Sexueller Missbrauch durch Frauen	763
h) Hinweise für den Sachverständigen für ein Schutzkonzept	765
i) Transvestismus	766
j) Exhibitionismus	766
k) LSBTIQ (Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Transgender, Intersexuell, Queer)	766
III. Erkrankung bzw. Behinderung der Eltern	767
1. Aufgabe des Sachverständigen	768
a) Haltung	768
b) Abgestuftes Vorgehen	768
c) Testdiagnostik der Eltern	770
d) Behandlung	771
2. Krankheitsbild Psychosen	771
a) Schizophrene Psychosen	771
b) Affektive Störungen	773
c) Schizoaffective Störungen	774
d) Beurteilung der schizoaffectiven oder bipolaren Störungen im Hinblick auf Erziehungsfähigkeit	775
e) Beurteilung der wahnhaften und psychotischen Störungen im Hinblick auf Erziehungsfähigkeit	777
3. Suizidalität	779
a) Begriffliche Klärung	779
b) Methoden	779
c) Ursachen	780
d) Ankündigung	780
e) Erweiterter Suizid	780
f) Bei Jugendlichen	781
g) Hinweise für den Sachverständigen	781

4. Persönlichkeitsstörungen	782
a) Definition	783
b) Rhapsodische Persönlichkeit	784
c) Narzisstische Persönlichkeit	785
d) Dissoziale (antisoziale) Persönlichkeit (Soziopath)	785
e) Paranoide (querulatorische) Persönlichkeit	786
f) Dependente/abhängige Persönlichkeit	787
g) Schizoide Persönlichkeit	787
h) Borderline-Störung	788
i) Münchhausen-Syndrom (pathologisches Lügen)	790
j) Messie-Syndrom	792
5. Neurotische, Belastungs- und somatoforme Störungen	793
a) Andere Angststörungen	794
b) Phobische Störungen	794
c) Zwangsstörungen	795
d) Reaktionen auf schwere Belastungen und Anpassungsstörungen	796
6. Sucht	796
a) Abhängigkeit: Definition	797
b) Ausgewählte Pathologien	797
c) Drogenabhängigkeit	798
d) Medikamentenabhängigkeit	802
e) Amphetamine, Crystal Meth, Spice	803
f) Cannabis	804
g) Alkoholabhängigkeit	806
h) Co-Abhängigkeit	813
7. Intelligenzminderungen	814
a) Ausgangslage	814
b) Begriff	814
c) Diagnostik	815
d) Abstufung	815
e) Bewertung	815
8. Neurologische Erkrankungen	816
a) Schädel-Hirn-Traumen	816
b) Cerebrale Anfallsleiden (Epilepsien)	816
c) Multiple Sklerose	818
d) Krankheitsbild Dystonien	818
e) Demenzerkrankung	819
9. Ausgewählte Krankheitsbilder des internistischen Fachgebietes	819
a) Auswirkungen auf das Kind	819
b) Tumorerkrankungen	820
c) Dialyse	821
d) Stoffwechselerkrankungen	821
e) HIV und Hepatitis	821
10. Behinderung	822
a) Hörgeschädigte	822
b) Hinweise für den Sachverständigen	823
IV. Aspekte auf Seiten des Kindes	825
1. Kindeswille	825
a) Rechtliche Vorgaben	825
b) Hinweise aus der Rechtsprechung	826
c) Aspekte des Willens im Hinblick auf familiengerichtliche Entscheidungen	827
d) Beachtlicher Wille	830

e) Nicht beachtlicher Wille	830
f) Grenzfälle	831
g) Beachtung des Kindeswillens und Kindeswohl	831
h) Wille und Bindung	831
i) Hinweise für den Sachverständigen	832
2. Kontinuität und Stabilität	835
a) Rechtliche Vorgaben	835
b) Begriff	836
c) Kontinuität und Kindeswohl	836
d) Veränderung	836
e) Bedeutung	837
f) Hinweise für den Sachverständigen	837
V. Störungen im Kindes- und Jugendalter und Erziehungsbedarf	840
1. Ausgangslage	841
a) Häufigkeit	841
b) Hinweise für den Sachverständigen	842
2. Persönlichkeitsentwicklungsstörungen	843
a) Beschreibung	843
b) Interventionen	843
3. Trauma	844
a) Beschreibung	844
b) Hinweise für den Sachverständigen	848
4. Das Schütteltrauma-Syndrom	850
a) Beschreibung	851
b) Risikofaktoren	852
c) Täter	853
d) Knochenbrüche	854
e) Hinweise für den Sachverständigen	854
5. Einnässen/Enuresis	857
a) Beschreibung	857
b) Hinweise für den Sachverständigen	857
6. Aufmerksamkeits-Defizit-(Hyperaktivitäts)-Syndrom	858
a) Beschreibung	858
b) Ursachen	858
c) Prognose	859
d) Auswirkung	859
e) Folgen	859
f) Hinweise für den Sachverständigen	860
7. Autismusspektrumsstörung	862
a) Beschreibung	862
b) Hinweise für den Sachverständigen	862
8. Selektiver Mutismus	864
9. Fetales Alkoholsyndrom (FAS)	865
a) Beschreibung	865
b) Diagnose	865
c) Auswirkung	866
10. Schulverweigerung	866
a) Schulangst	867
b) Schulphobie	867
c) Schulschwänzen	868
d) Schulverweigerung	868
e) Hinweise für den Sachverständigen	868

11. Straftaten	868
a) Ursachen	869
b) Hinweise für den Sachverständigen	869
12. Gewalt von Kindern und Jugendlichen	870
a) Gewalt	870
b) Bullying/Mobbing/Sexting	870
c) Tierquälerei	872
13. Weglaufen	873
a) Beschreibung	873
b) Hinweise für den Sachverständigen	873
14. Substanzbezogene Störungen	874
15. Exzessive Nutzung digitaler Medien	874
a) Beschreibung	874
b) Ursachen	875
c) Folgen	875
d) Hinweise für den Sachverständigen	876
16. Adipositas	877
17. Anorexia nervosa	878
18. Chronische Erkrankungen, Diabetes	879
19. Erkrankungen/Behinderung	880
VI. Aspekte der Elterntrennung	881
1. Elterntrennung	881
a) Ausgangslage	881
b) Emotionale Ausgangslage der Eltern	885
c) Trennungsprozess	887
2. Familiärer Konflikt	888
a) Destruktiver Konflikt	888
b) Eskalationsstufen	889
c) Hochkonflikt	890
3. Befinden des Kindes bei destruktiven Paarkonflikt	893
a) Auswirkungen auf das Kind	893
b) Hinweise für den Sachverständigen	894
VII. Aspekte der Elternbeziehung	895
1. Koalitionsdruck	895
2. Bindungs- und Beziehungstoleranz	896
a) Rechtliche Vorgaben	896
b) Definition	897
c) Folgen bei Bindungsintoleranz	898
d) Abgrenzungen von Bindungsintoleranz	898
e) Rolle des Zwangs	899
3. Kooperationsbereitschaft/Kooperationsfähigkeit	899
a) Rechtliche Vorgaben	899
b) Begriffliche Klärung	900
c) Hinweise für den Sachverständigen	901
4. Gate-Keeping	903
a) Rolle der Mutter	904
b) Variablen, die den Zugang zum Kind bestimmen	904
c) Misstrauen	904
d) Kompetenz des getrenntlebenden Elternteils	904
5. Co-Parenting (gemeinsam ausgeübte Elternverantwortung)	905
a) Begriff Co-Parenting	905
b) Hinweise für den Sachverständigen	907

6. PAS (Parental Alienation Syndrome)	911
a) Beschreibung	911
b) Bewertung	912
c) Hinweise für den Sachverständigen	913
VIII. Aspekte der Familienbeziehung	913
1. Beziehungen	914
a) Eltern-Kind-Beziehung	914
b) Hauptbezugsperson	914
c) Verwandtschaftsbeziehung	915
d) Beziehungen zu Dritten	916
e) Beziehungen zu Peer-Gruppen	916
f) Hinweise für den Sachverständigen	916
g) Geschwisterbeziehung	917
h) Stiefelternbeziehung	922
i) Stiefgeschwister	926
j) Pflegegeschwister	926
k) Großelternbeziehung	926
l) Beziehung zu Haustieren	927
2. Bindung	927
a) Rechtliche Vorgaben	928
b) Begriffliche Klärung	928
c) Forschungsstand	930
d) Bindungsentwicklung	931
e) Bindungshierarchie	932
f) Bindungsdiagnostik	932
g) Bewertung der Bindung	933
h) Zuverlässigkeit der diagnostischen Verfahren	937
i) Gewichtung der Bindungsqualitäten	938
j) Beurteilung der Bindung bei Eltern mit anderem kulturellem Hintergrund	938
k) Hinweise für den Sachverständigen	939
3. Bonding	942
4. Familiäre Gewalt	942
a) Ausgangslage	942
b) Rechtliche Vorgaben	943
c) Hinweise aus der Rechtsprechung	946
d) Arten von Gewalt	946
e) Gewalt gegen Kinder	949
f) Miterlebte familiäre Gewalt	951
g) Umgang mit gewaltbereitem Elternteil	953
h) Gewalt im Namen der Ehre	954
i) Stalking	954
j) Hinweise für den Sachverständigen	955
5. Verdacht auf sexuellen Missbrauch	963
a) Ausgangslage	963
b) Begriffliche Klärung	964
c) Folgen	965
d) Bewertung	967
e) Falschaussagen von Kindern	968
f) Situation des betreuenden Elternteils	971
g) Einstellung des nicht-betreuenden Elternteils	971
h) Hinweise für den Sachverständigen	971

K. Sachverständiges Handeln	975
I. Methoden	975
1. Zulässigkeit von psychodiagnostischen Verfahren	975
a) Gesetzliche Vorgaben	975
b) Rechtsprechung bezüglich des Einsatzes diagnostischer Verfahren	976
c) Anforderung für die Zulässigkeit	977
d) Verletzungsfolgen	977
2. Allgemeine Standards	978
a) Keine gesetzlich verbindlichen Standards	978
b) Notwendige fachliche Standards	978
c) Datenbasis	978
d) Wissenschaftlichkeit	978
3. Hinwirken auf Einvernehmen	979
4. Auswahl der Methoden	979
a) Fachliche Anforderungen	979
b) Rechte der Betroffenen	980
c) Test zur Diagnostik und Hypothesenüberprüfung	981
5. Prozessdiagnostik	982
6. Multimodales Vorgehen	983
7. Test und Testgütekriterien	983
a) Objektive Messverfahren versus Qualitative Daten	984
b) Fragebogenverfahren	985
8. Psychologische Testverfahren bei Erwachsenen	985
a) Tests in Vorgutachten	985
b) Persönlichkeitsdiagnostik	985
c) Projektive Testverfahren	987
9. Testdiagnostik beim Kind	988
a) Projektive Testverfahren beim Kind	988
b) Entwicklungs- und Persönlichkeitstests beim Kind	990
10. Verhaltens- und Interaktionsbeobachtung	990
a) Einschränkungen	991
b) Arten der Verhaltensbeobachtung	991
c) Bewertung	992
II. Hinweise für den Ablauf einer Begutachtung	993
1. Dokumentation	993
2. Adresse des Sachverständigen	993
3. Kontaktaufnahme	994
a) Anschreiben und Terminierung	994
b) Bestätigung des Akt- und Beschlusseinganges	995
c) elektronische Rechtsverkehr	995
d) Terminvereinbarung	995
e) Eltern/Betroffene melden sich nicht	997
4. Untersuchungsplanung	998
a) Hypothesen/psychologische Fragen	999
b) Überprüfung und Reformulierung der juristischen Frage in psychologische Fragen	999
5. Aktenanalyse	1000
a) Aktenzuleitung	1000
b) Standards	1001
c) Aufwand für Aktenanalyse	1001

6. Das diagnostische Gespräch/Exploration	1003
a) Mitteilnehmer	1003
b) Dolmetscher	1003
c) Begriffsklärung	1004
d) Aufklärung	1004
e) Schaffung einer Beziehung	1004
f) Dauer und Häufigkeit	1005
g) Per Telefon und Skype, Zoom u.a.	1006
h) Fehlerquellen bei der Exploration	1007
i) Zulässigkeit von Fragen	1007
j) Schweigepflicht	1007
k) Gesprächsführung	1008
l) Frage nach häuslicher Gewalt	1011
m) Bei neuen Bedenken gegenüber dem anderen Elternteil	1011
n) Nicht strittige Bereiche	1011
o) Rückmeldung	1011
p) Gesprächsführung mit psychisch kranken Eltern	1012
q) Umgang mit „schwierigen Beteiligten“	1012
r) Protokollierung	1013
s) Auswertung	1016
t) Weiteres hypothesenorientiertes Vorgehen	1016
u) Rahmenbedingungen	1016
7. Ausgewählte Testverfahren und Fragebögen zur Erfassung der Elternkompetenz	1017
a) Erfassung der Elternkompetenz	1017
b) Kindeswohlgefährdung	1017
8. Gespräch mit dem Kind	1018
a) Sinn und Zweck	1019
b) Untersuchungsplanung	1019
c) Teilnahme einer Vertrauensperson/Beistand	1021
d) Abbruch	1022
e) Schwierigkeiten	1022
f) Mitwirkungsbereitschaft	1022
g) Gespräch mit dem Kind	1023
9. Diagnostik der Eltern-Kind-Beziehung	1031
10. Ausgewählte Testverfahren und Fragebögen zur Erfassung der Eltern-Kind-Beziehung	1031
a) Maßgeschneiderte Testverfahren	1031
b) Projektive Verfahren	1032
11. Interaktions-/Verhaltensbeobachtung	1033
a) Freie Interaktionsbeobachtung	1034
b) Rahmenbedingungen	1035
c) Verhaltensbeobachtung mit mehreren Personen	1036
d) Auswahl der Methoden	1036
e) Auswertung	1036
f) Interpretation	1037
g) Bindungsdiagnostik	1037
h) Bei Kleinkindern/Babys	1038
i) Umgangs/Betreuungsfragen	1038
j) Dokumentation	1038
k) Nach der Beobachtung	1039

12. Hausbesuch	1039
a) Hinweise aus der Rechtsprechung	1040
b) Einverständnis der Betroffenen	1040
c) Wissenschaftlichkeit	1041
d) Zweck	1042
e) Hausbesuch angezeigt	1042
f) Besuch im Heim und/oder der Pflegeeltern	1042
g) Hindernisse	1043
h) Bewertung	1044
i) Dokumentation	1045
13. Gemeinsames Gespräch	1045
a) Anlass	1046
b) Untersuchungsplanung	1046
c) Mitwirkung	1046
d) Organisation	1047
e) Dokumentation	1047
f) Hochkonflikt und Gewalt	1047
14. Anforderung von Informationen von den Eltern und Betroffenen ..	1048
15. Überlassung von Informationen, Chat-Nachrichten, digitalen Aufzeichnungen seitens der Betroffenen	1048
16. Kommunikation mit Dritten	1048
a) Familienmitglieder und Bezugspersonen des Kindes	1049
b) Fachpersonen	1050
17. Internetrecherchen	1050
18. Sachverständige Tätigkeit nach Verfahrensende	1051
19. Fallübergreifende Kooperation der Sachverständigen vor Ort	1051
III. Hinwirken auf Einvernehmen	1051
1. Ausgangslage	1052
a) Vorteile des Hinwirkens auf Einvernehmen durch den familienpsychologischen Sachverständigen	1052
b) Spezifische Methode	1053
2. Abgrenzung: Sachverständiger, Therapie, Beratung	1054
a) Keine Heilkunde	1054
b) Auftraggeber Gericht	1054
c) Vorgegebene Inhalte	1055
d) Kein Schweigerecht	1055
e) Einzelperson	1055
f) Kontakthäufigkeit	1055
g) Keine Grundlage für eine gerichtliche Entscheidung	1055
h) Eingeschränkte Freiwilligkeit	1055
3. Abgrenzung: Sachverständiger, Mediation	1056
a) Eingangsvoraussetzung	1056
b) Diagnostik	1056
c) Bewertung	1056
d) Einbeziehung des Kindes	1056
e) Weniger verbindlich	1057
f) Konfliktbereiche	1057
g) Gerichtliche Entscheidung	1057
h) Kosten und Bezahlung durch das Gericht	1057
4. Hinwirken auf Einvernehmen und Kindeswohl	1057
a) Zielvorgabe	1058
b) Wissenschaft	1059
c) Fachliche Kompetenz	1059

5. Begutachtung und Intervention	1059
a) Begutachtung ist Intervention	1060
b) Definition Hinwirken auf Einvernehmen	1060
c) Grenzen des Hinwirkens auf Einvernehmen	1062
6. Reihenfolge von Intervention und Begutachtung	1064
a) Verflechtung	1064
b) Fehlende Transparenz	1064
c) Intervention außerhalb des Gutachtensauftrages	1064
7. Prozessdiagnostik/Hinwirken auf Einvernehmen	1064
a) Hinwirken auf Einvernehmen	1064
b) Prozessdiagnostik	1065
8. Rahmenbedingungen beim Hinwirken auf Einvernehmen	1066
a) Anforderung an die Professionalität:	1066
b) Autonomie der Eltern	1067
c) Kein geschützter Rahmen	1067
d) Beachtung der Freiwilligkeit	1067
e) Transparenz und Nachvollziehbarkeit	1068
f) Einverständnis	1068
g) Haltung des Sachverständigen beim gemeinsamen Gespräch mit den Eltern	1068
h) Beratung über die juristischen Gestaltungsmöglichkeiten	1069
i) Begrifflichkeiten	1069
j) Verstehen des Konflikts	1069
k) Beratung über Entwicklung des Kindes, Scheidungsforschung und Auswirkungen von Betreuungsregelungen auf das Kind	1070
l) Hilfen bei der Aufklärung des Kindes über Trennung und Scheidung	1070
m) Medien	1070
n) Abschluss von Vereinbarungen	1071
o) Dauer	1071
p) Orientierung am Kindeswohl und nicht an anderen Scheidungs- und Trennungsfolgen	1071
q) Sachverständige Intervention nach Verfahrensende	1072
r) Kosten	1072
L. Schriftliche Ausführungen	1073
I. Schriftliches Gutachten	1073
1. Gestaltung	1073
a) Begriff	1073
b) Rechtliche Vorgaben	1074
c) Fachliche Standards für die Gestaltung	1074
d) Psychologische Fragen/Hypothesen	1077
2. Gliederung des Gutachtens	1078
a) Darstellung des Akteninhalts	1078
b) Darstellung der Untersuchungsergebnisse	1079
c) Darstellung der Gespräche	1079
d) Darstellung von Testverfahren	1080
e) Darstellung des Befunds/der psychologischen Tatsachen, der Beantwortung der psychologischen Fragen	1081
f) Darstellung der Beantwortung der Fragestellung	1083
g) Prognose	1088
h) Vorschläge zur Intervention	1089

i) Darstellung der Zusammenfassung	1089
j) Literaturangaben	1090
k) Anhang	1090
3. Inhaltliche Aspekte	1090
a) Gefährdung durch das Gutachten	1090
b) Befriedungszweck	1090
c) Sprachliche Gestaltung des Gutachtens	1092
d) Hinweis für den Sachverständigen	1093
e) Kontrolle des schriftlichen Gutachtens	1094
f) Übermittlung an das Gericht	1094
II. Ergänzungsgutachten	1094
III. Alternative schriftliche Ausführungen	1094
1. Kurzgutachten	1095
2. Stellungnahme	1095
3. Ergebnisprotokoll	1096
a) Inhalt	1096
b) Keine Rechtsverbindlichkeit	1096
4. Mündliche Erläuterung	1096
5. Stellungnahme zu Schriftsätzen	1096
6. Zwischenbericht	1097
7. Sachstand	1097
M. Teilnahme am Gerichtstermin	1099
I. Verfahrensvorschriften für das mündliche Gutachten	1099
1. Mündliches Gutachten	1099
2. Ladung des Sachverständigen	1100
3. Förmliche Anhörung	1100
a) Recht der Beteiligten	1100
b) Rechte und Pflichten des Sachverständigen	1101
c) Aufgaben des Sachverständigen	1102
4. Formlose Anhörung	1103
a) Anlass für formlose Anhörung, wenn Beteiligte nicht mitwirken ..	1103
b) Teilnahme am frühen Termin	1103
c) Zwischenentscheidungen	1103
5. Ladung zum Termin, wenn ein Elternteil nicht mitwirken möchte ..	1104
6. Anhörung zur Frage der Befangenheit	1104
7. Teilnahme des Sachverständigen bei der richterlichen Befragung des Kindes	1105
II. Verpflichtungen des Sachverständigen	1105
1. Verpflichtungen durch die Ladung	1105
a) Folgen einer Ladung	1105
2. Verpflichtung bei der Erläuterung des Gutachtens	1107
a) Nach bestem Wissen und Gewissen	1107
b) Neue Bewertung	1107
III. Beeidigung des Sachverständigen	1108
1. Verfahrensvorschriften	1108
a) Anlass für Beeidigung	1108
b) Öffentlich vereidigter Sachverständiger	1108
c) Bedeutung des Eides	1108
d) Akt der Vereidigung	1108
e) Reichweite des Eides	1108
2. Folgen der Beeidigung	1108

IV. Hinweise für den Sachverständigen	1109
1. Verhalten vor der Verhandlung	1109
a) Zeitvorgaben	1109
b) Sitzungsraum	1109
c) Bedrohung des Sachverständigen oder anderen Verfahrensbeteiligten	1109
d) Äußeres	1109
e) Verhalten auf dem Gerichtsflur	1110
2. Ablauf der mündlichen Verhandlung	1110
a) Sitzordnung	1110
b) Etikette	1110
c) Kindesanhörung	1110
d) Eröffnung der Sitzung	1111
e) Anhörung des Sachverständigen	1111
f) Protokollierung	1111
3. Verhalten des Sachverständigen bei der förmlichen Anhörung	1112
a) Unterlagen	1112
b) Gutachtenentwurf	1112
c) Fragen der Beteiligten	1113
d) Gesprächsführung	1114
e) Umfang der Antworten	1115
f) Verweis auf Gültigkeit der Empfehlung	1115
g) Hypothetische Fragen	1115
h) Fragen des Sachverständigen	1116
i) Vorbereitung auf schwierige Verhandlungen:	1116
4. Verhalten des Sachverständigen bei der formlosen Anhörung	1116
a) Ablauf	1116
b) Alternatives Setting	1117
c) Vorbereitende Schriftsätze	1117
5. Verhalten nach der Entlassung	1117
a) Entlassungszeitpunkt	1117
b) Vergütungsbogen	1117
c) Verabschiedung	1117
d) Rückmeldung über eigenes Verhalten	1118
e) Antrag auf Vergütung	1118
N. Qualitätssicherung	1119
I. Gutachtenrichtlinien	1119
II. Qualifizierung	1120
1. Fort- und Weiterbildung	1120
a) Fachpsychologe für Rechtspsychologie	1120
b) Listung in den Psychotherapeutenkammern	1121
c) Fortbildung	1121
2. Zusammenwirken von Sachverständigen	1121
a) Fachteam	1121
b) Supervision	1122
c) Gegenlesen des Gutachtens	1122
3. Qualitätskontrolle	1122
a) Organisation	1122
b) Prüfungskommissionen	1123
c) Bestellungsorgane	1123
d) Ehrengericht	1123

e) Zertifizierung	1123
4. Überprüfung des Gutachtens	1124
a) Checklisten	1124
b) Peer-Reviewverfahren	1124
c) Fachartikel	1124
5. Mündliche Verhandlung	1125
6. Rechtsprechung	1125
7. Interessenvertretungen	1125
8. Standards für Testverfahren	1126
9. Familienrechtspsychologisches Fachwissen	1126
a) Erwartungen an die Forschung und Lehre	1126
b) Rezeption: Scheidungsforschung und Kindeswohlgefährdung ...	1127
c) Katamnestiche Untersuchungen	1127
10. Fort- und Weiterbildung von Juristen	1128
11. Arbeitskreise	1129
a) Verständnis für die andere Berufsgruppe	1129
b) Transparenz	1129
c) Anwälte	1129
d) Andere Berufsgruppen	1129
III. Zukunft	1130
IV. Selbstreflexion	1130
Sachverzeichnis	1131


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG